

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

30.9.1924 (No. 228)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. E. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipatorische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontoforenbefreiung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Unvermeidung Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

* Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Republik

Wer im vorigen Jahr prophezeit hätte, daß demnächst aus der Mitte des deutschen Volkes selbst eine gewaltige Organisation zum Schutze der Republik entstehen würde, wäre ganz sicherlich für einen unheilbaren Optimisten gehalten worden. Und doch ist inzwischen das damals für ganz unwahrscheinlich Gehaltene zur Tatsache geworden: eine solche Organisation besteht heute, ihr Name ist „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, und über zwei Millionen deutscher Volksgenossen männlichen Geschlechts gehören ihr an.

Zum ersten Mal hat die Idee des demokratischen Staates, die Idee der Republik über die Anziehungskraft der Partei hinaus eine eigene, gefühlsmäßig beschwingte Werbekraft zu entwickeln vermocht. Denn das ist das Charakteristikum des Reichsbanners, daß es seine Tore weit geöffnet hält allen Staatsbürgern, die auf dem Boden des neuen Staates stehen, ohne nach deren parteipolitischer Zugehörigkeit zu fragen.

Wenn hier und da die Angehörigen der Deutschen Volkspartei als für die Mitgliedschaft unerwünscht bezeichnet werden, so ist das prinzipiell wohl nicht ganz zu rechtfertigen. Und auch politisch wäre es nur zu begrüßen, wenn auch Mitglieder dieser Partei dem Reichsbanner beiträten. Die Gefahr einer unehrlichen Mitgliedschaft und einer von dieser Basis aus unternommenen Ausschöpfung der Organisation kann ja niemals in Frage kommen. Für die republikanische Idee jedenfalls könnte es nur von Nutzen sein, wenn sich recht viele deutsche Volksgenossen aus den Schichten des sogenannten liberalen Bürgertums zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bekennen würden. Daß Kommunisten und Deutschvölkische praktisch für eine Mitgliedschaft nicht in Betracht zu ziehen sind, versteht sich von selbst. Jedenfalls würde ein Kommunist oder Nationalsozialist, wenn er seinen Eintritt erklärte, damit ganz von selbst dem Programm seiner Partei untreu werden, oder er würde sich dem Verdacht der Spitzeltätigkeit aussetzen.

Daß die Organisation des Reichsbanners überhaupt entstehen konnte, das hat sie neben der eigentümlichen psychologischen Struktur unseres Volkes vor allem dem Treiben des Links- und Rechtsradikalismus zu danken. Genau so, wie die brutale französische Politik in Deutschland eine starke nationale Gegenbewegung auslöste, so hat auch die gewalttätige und ungeselbige Agitation der Kommunisten und Deutschvölkischen, ihr ganzes terroristisches Vorgehen und Empörung im deutschen Volke hervorgerufen und so gefühlsmäßig die Grundlage für den Versuch einer bewußten Abwehr- und Kampfororganisation im Dienste der Republik geschaffen. Dieser Versuch ist — darüber gehen sich auch die Gegner gar keiner Täuschung hin — glänzend gelungen.

Hunderte von Ortsgruppen sind gegründet, und die Zahl der Mitglieder geht, wie schon gesagt, über die zweite Million hinaus. Bemerkenswerterweise hat das Reichsbanner aber nicht nur in den Gebieten des Reiches, die ohnehin in der Mehrheit eine republikanische gesinnete Bevölkerung aufweisen, Erfolge erzielt, sondern auch in solchen Gebieten, die bisher als Hochburgen der Reaktion galten. In Bayern, in Pommern, in Ost- und Westpreußen, z. B. haben sich starke Unterorganisationen des Reichsbanners aufgetan; sie sind mit republikanischen Tugenden an die Öffentlichkeit getreten, die so gut besucht waren, daß sogar die Veranstalter selbst ihre angenehme Enttäuschung nicht verhehlen konnten.

Daß die deutschen Landesregierungen, sofern sie ihrer parteipolitischen Zusammenfassung nach nicht nur verstandesmäßig, sondern auch mit dem Herzen auf dem Boden des neuen Staates stehen, ihrer Sympathie für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ausdruck verleihen würden, war von vornherein zu erwarten. Andererseits wäre es ganz falsch, wenn jemand annehmen wollte, daß es diese Regierungen gewesen sind, die die ganze Organisation entstehen ließen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist ganz aus dem spontanen Gefühl der republikanisch gesinneten Bevölkerung erwachsen. Und die Freiwilligkeit dieses Gefühls wird durch die gewaltige Zahl der Mitglieder ja am besten bewiesen.

Auch die Badische Regierung hat durch den Mund ihres Staatspräsidenten auf dem imposant verlaufenen Mannheimer Republikanischen Tag am letzten Samstag und Sonntag in Verbindung mit einem erneuten Bekenntnis zur Republik es für die Pflicht einer republikanischen Re-

gierung erklärt, das Reichsbanner mit allen Kräften zu fördern.

Wenn das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold derartige Erfolge erringen konnte, so hat daran außer einer gewissen Neigung unseres Volkes zum militärisch aufgezogenen Vereinswesen und außer der allerdings nicht gewollten Propaganda der Feinde des neuen Staates das vaterländische Gefühl besonders stark mitgewirkt. Auf allen bisherigen Tagungen, so besonders auch auf dem republikanischen Tag in Mannheim, ist die Tatsache, daß das Reichsbanner eine vaterländische Organisation ist, und daß seine Mitglieder von glühender Vaterlandsliebe befeuert werden, leuchtend in Erscheinung getreten. Und dessen sollte sich jeder deutsche Volksgenosse freuen.

Das Ausland, zumal Frankreich, hat ein sehr feines Gefühl dafür, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine nationale Organisation in der reinsten Bedeutung dieses Wortes ist. Und so kann man es verstehen, daß heute bereits die chaotischsten Blätter in Paris über die Mannheimer Tagung nicht nur nicht entzückt sind, sondern sie geradezu als eine verkappte nationalistische Veranstaltung verdammen. Nun, das war die Tagung gewiß nicht. Man braucht nur die dort gehaltenen Reden genau zu lesen, um zu erkennen, daß das Reichsbanner politisch durchaus ein Programm der Völkerveröhnung, des friedlichen Wettbewerbs und der demokratischen Zuverlässigkeit vertritt. Natürlich steht über allem die Liebe zum Vaterland! Und daß dieses Vaterland wieder groß und geachtet unter den Völkern dastehen und keiner Beschimpfung und Vergewaltigung mehr ausgesetzt sei, das ist auch der Wunsch des Reichsbanners, dessen Mitglieder ja bekanntlich zu einem großen Bruchteil aus Frontsoldaten und ehemaligen Kriegsteilnehmern bestehen.

Der Stand der Reichsfinanzen

Reichsfinanzminister Dr. Luther gewährte dem Berliner Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ eine Unterredung.

Er erklärte u. a., er sei überrascht, daß man zum Beweis für den günstigen Stand unserer Finanzen hier und da den erfolglosen Rücklauf der Goldanleihe, dessen Notwendigkeit nicht bestritten werde, in der längst widerlegten Gestalt wieder anführe. Der Minister verwies auf seine Reichstagsrede vom 22. August, in der er erklärte, daß der Rücklauf nicht aus den laufenden Steuern, sondern aus den einmaligen Einnahmen der damaligen Zeit bewerkstelligt wurde. Hinsichtlich des Hinweises auf das dauernde Guthaben des Reiches bei der Reichsbank, das eine Höhe von mehreren hundert Millionen habe, erklärte der Minister, daß ein solches Guthaben, das fast ausschließlich aus kurzfristigen Rentenscheinen bestand, tatsächlich existierte. Die Finanzwirtschaft des Reiches könne jedoch ohne einen Betriebsfonds, der im Frieden 600 Millionen Goldmark betrug, nicht betrieben werden. Wenn man für eine Steuerermäßigung eintrete, so scheine der Eindruck zu bestehen, als ob das Reich nicht nur für notwendige, sondern auch für wünschenswerte Bedürfnisse Geld zur Verfügung habe. Leider sei das Gegenteil der Fall. Als Beispiel wies der Minister auf die Beamtengehälter, den Beamtenabbau, die Einschränkungen in der Verwaltung und die Unmöglichkeit, den Wünschen der Reichstagsparteien in der Aufwandsfrage entgegenzukommen, hin.

Die Steuerlast müsse allerdings möglichst gering sein, doch sei hierfür, insbesondere bei den öffentlichen Verbänden, größere Sparanstrengungen notwendig als bisher. Der Reichsfinanzminister könne in dieser Hinsicht nicht alles tun. Auch seien alle Bestrebungen der Regierung zur Ergebnislosigkeit verurteilt, wenn nicht zugleich die ganze Wirtschaft ebenfalls vom Geiste der Sparanstrengung durchdrungen sei. Die erforderliche Wirtschaftsbereinigung auf betriebstechnischem, kaufmännischem und organisatorischem Gebiet seien so weit fortgeschritten, daß schon heute der Anschluß an die Weltmarktverhältnisse gesichert seien. Folgeschwer würde es aber sein, wenn sich die Tarifermäßigungen u. die Steuerermäßigungen nicht auch auf die ganze Preisgestaltung auswirken würden. Es gebe Betriebe, in denen die Forderung nach Preisabbau durchaus berechtigt sei. Wenn man es vielfach so darstelle, als ob alles allein von den Steuern abhänge, so sei dies eine Täuschung. Ich bin bereit, das Meine zu tun, schloß der Minister, aber ich muß die Wirtschaft ebenso dringend bitten, das Ihre zu tun.

Marx-Ehrung in London. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus London wurden am Montag anlässlich der 60. Jahresfeier der Internationale am Grabe von Karl Marx durch die Exekutivde der Arbeiterinternationale Kränze und Blumen niedergelegt. Vor dem Hause, worin Marx lebte, sprach Kautsky aus persönlichen Erinnerungen an Marx. Hierauf folgte eine Demonstration, an der Arbeitervertreter von mehr als 25 Staaten teilnahmen. Dabei gelangte eine Botschaft MacDonalds zur Verlesung, worin der englische Premierminister die Internationale als einen Weisenstein in der Geschichte des Fortschritts bezeichnete. Es folgten dann verschiedene Ansprachen, worin die Einigkeit der internationalen Arbeiterbewegung betont wurde. Für Deutschland sprach der Abg. Bernstein.

Deutschland und der Völkerbund

Aberreichung des deutschen Memorandums

Das Memorandum der deutschen Regierung, das eine Aufzeichnung der Vorfragen enthält, die die deutsche Regierung stellen will, bevor sie sich über ihren Eintritt in den Völkerbund endgültig schlüssig macht, ist am Montag von den deutschen diplomatischen Vertretern in den Hauptstädten des Völkerbundes vertretenen Mächte überreicht worden. Der Inhalt wird nach einer gegenseitigen Verarbeitung einstweilen noch vertraulich behandelt, so daß eine Veröffentlichung vorläufig nicht zu erwarten ist.

In Paris überreichte der deutsche Gesandte Votschäfer dem französischen Ministerpräsidenten das Memorandum. Der Votschäfer erläuterte entsprechend seinen Weisungen mündlich die Note und betonte dabei den entschlossenen und aufrichtigen Willen der Reichsregierung, am Völkerbund mitzuwirken. Herriot erbat sich angesichts der Wichtigkeit der Angelegenheit eine kurze Frist zur Beantwortung des deutschen Schriftstückes. Die Stellungnahme der französischen Regierung dürfte endgültig in der Kabinettsitzung am Donnerstag festgelegt werden.

England und das Memorandum

WTB. London, 30. Sept. Der „Times“ zufolge wird nicht erwartet, daß die britische Antwort auf das deutsche Memorandum sofort erteilt wird, da es aller Wahrscheinlichkeit nach für notwendig erachtet wird, mit den übrigen Empfängern der Note zu beraten.

In einem Leitartikel schreibt die Times, die Unterbreitung des deutschen Memorandums stelle einen neuen Schritt in der allmählichen Annäherung der deutschen Regierung an den Völkerbund dar. Es sei klar, daß keines der größeren Ziele der Völkerbundsatzung ohne die Zustimmung und aktive Mitwirkung Deutschlands vollendet werden könne. Die Haltung, die die deutsche Regierung zeige, sei natürlich vorzuziehen. Deutschland könne nicht umhin, zu erwägen, daß die neuen Verpflichtungen, die es in Genf eingehen würde, die Tendenzen und die Politik durchkreuzten, die es bisher verfolgt habe.

Es sei gar nicht schlecht, daß die deutschen Anfragen zu einer Überlegungspause führten, denn, obgleich es in jeder Hinsicht wünschenswert sei, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werde, mit vollen Rechten und Verantwortlichkeiten, so müßten doch die großen Veränderungen, die sein Eintritt in die europäische Politik bewirken würde, im Voraus sorgfältig erwogen werden.

WTB. London, 30. Sept. Wie der „Times“ aus Brüssel gemeldet wird, soll Rheunis dem deutschen Gesandten gegenüber bei der Aberreichung des Memorandums die Hoffnung ausgedrückt haben, daß die deutsche Regierung nicht vor Neuem die Kriegsschuldfrage aufwerfen werde. Ein solcher Schritt würde äußerst bedauerlich sein. Allgemein könne gesagt werden, daß die Haltung der belgischen Regierung mit der von Herriot und Briand dargelegten identisch sei, die dahin gehe, daß Deutschland sich dem gemeinsamen Befehl unterwerfe und sich verpflichten müsse, alle Bestimmungen der Völkerbundsatzung zu achten und durchzuführen.

Französische Mitteilungen über den Inhalt des Memorandums

WTB. Paris, 30. Sept. Der „Petit Parisien“ glaubt über den Inhalt des deutschen Memorandums über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund folgendes mitteilen zu können: Es scheine aus den Eindrücken, die das Blatt gewonnen hat, hervorzugehen, daß das deutsche Memorandum, das fünf Schreibmaschinenseiten umfaßt, nicht in der Form einer Aufzählung von Bedingungen abgefaßt sei, die das Deutsche Reich bei seiner Zulassung stellen werde, noch handele es sich um einen trockenen Fragebogen. Es stelle vielmehr eine allgemeine Exposé der Fragen dar, über die Deutschland Klarheit wünsche, hauptsächlich was die Stellung betreffe, die der Versailler Vertrag Deutschland geschaffen habe. Das Memorandum verlange in erster Linie, daß Deutschland in den Völkerbund auf dem frühestmöglichen Zeitpunkt mit den Großmächten zugelassen werde, d. h., daß es einen ständigen Sitz im Völkerbundsnat erhalte. Im Falle dieses Versprechens gemacht werde, werde Deutschland von den interessierten Staaten verlangen, es wissen zu lassen, ob es hoffen könne, daß die Lösung gewisser Probleme, wie die oberschlesische Frage, die Frage des Saargebietes und die Frage der Militärkontrolle durch den Eintritt Deutschlands leichter gelöst werden könnten. Es scheine außerdem, daß die deutsche Regierung die Versicherung haben wolle, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund es nicht zwingen, evtl. Maßnahmen zu ergreifen, die im Widerspruch stehen mit den Verpflichtungen, die Deutschland im Rapallo-Vertrag gegenüber Rußland übernommen habe. Schließlich drückte das Memorandum den Wunsch aus, daß auch Rußland sobald als möglich in den Bund aufgenommen werde. Die deutsche Regierung schließe mit dem Wunsche, daß die erteilte Antwort in die Lage versetzt zu werden, baldigt das Verlangen auf Aufnahme in den Bund stellen zu können.

Der „Matin“ schreibt, das Memorandum enthalte auch eine Stelle, in der die Frage aufgeworfen werde, ob Deutschland im Falle eines Konfliktes an militärischen Sanktionen teilnehmen könne.

Poincaré gegen Herrist

Paris, 29. Sept. Mehrere Generalräte, namentlich in den östlichen und nördlichen Departements sind heute zu einer Tagung zusammengetreten. Im Maas-Departement, dessen Vorsitzender Poincaré ist, benutzte dieser seine Wiederwahl, um eine seiner bekanntesten Reden zu halten, in der er an der Politik seines Nachfolgers scharfe Kritik übte und nochmals seine Politik zu rechtfertigen suchte. Den Mechanismus, den man jetzt durch den Völkerverbund in der Sicherheitsfrage in Bewegung setzen will, findet Poincaré sehr kompliziert; besonders aber mißfällt ihm, daß man alles den unbekanntem Entscheidungen einer einzuuberufenden Abrüstungskonferenz unterordnen will.

Politische Neuigkeiten

Eine Denkschrift zur Umsatzbesteuerung

Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu dem Problem der Umsatzbesteuerung Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuerleggebung. Das deutsche System ist auf dem Grundsatz der Besteuerung jeden Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer, der in Österreich eingeführten Pfahnpauschalsteuer und der Siemensschen veredelten Umsatzsteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vor- und Nachteile, die sie im Verhältnis zueinander und zum deutschen System haben ab. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gerügte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und Belastung der Ausfuhr, beseitigt oder gemildert werden könnten. Nach ausführlicher Stellungnahme zu diesem Problem kommt die Denkschrift im Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und will. Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteueraufkommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuerfußes behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigen durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September vorgesehene Senkung vorgenommen werden könnte, hänge mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfes zusammen.

Pläne des Reichspostministers

In einem Gespräch mit dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ äußerte sich Reichspostminister Hölke über den Zweck seiner Reise nach Wien und über wirtschaftliche und politische Fragen Deutschlands: „Ich bin nach Wien gekommen“, erklärte der Minister, „um u. a. die Einrichtungen der Postpartasse in Österreich zu studieren, da ich mich mit der Frage beschäftige, ob bei der Ausgestaltung der deutschen Post im Sinne der Schaffung einer selbsttätigen Postpartasse das österreichische oder belgische Muster zu berücksichtigen sein wird. Die weitere Frage, die ich hier zur Sprache, eventuell zur Lösung bringen will, ist die Herstellung eines besseren und engeren Telephon- und Telegrammverkehrs. Wir beschäftigen uns für den internationalen Verkehr bestehenden Schwierigkeiten durch Kabel zu lösen. Das wird sich bei den Wiener Verhandlungen auch darum handeln, eventuell die Herstellung einer Kabelverbindung mit Wien zu sichern; diese könnte von Berlin über Regensburg-München laufen. Auch der Radioverkehr muß hier einer eingehenden Erörterung unterzogen werden, zumal in Österreich mit dem 1. Oktober die gesetzliche Regelung des Radiowesens in Kraft tritt. Der Funkverkehr entwickelte sich in Deutschland, was Unterhaltungsdienst anbelangt, sehr gut, dagegen ist der Nachrichtenendienst einer wesentlichen Verbesserung fähig, indem er nicht nur für den Postverkehr, sondern auch für den Dienst der Zeitungen ausgebaut werden kann. Auch hier mag es sich empfehlen, ein engeres Einvernehmen zwischen der deutschen und der österreichischen Postverwaltung herzustellen.“

Die Deutschnationalen und die Umbildung der Reichsregierung

Die am Montag in Berlin stattgefundenen Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag endete mit dem Beschluß, daß die Fraktion, die Verhandlungen über die Regierungsbildung, die gemäß den Erklärungen des

Reichsfinanziers von der Reichsregierung an sie heranzutreten könnten, nicht verjagen werde. Die für etwaige Verhandlungen in Betracht kommenden Personen sind, wie verlautet: Graf Westarp, Dergt, Schiele und Behrens.

Heute tritt als entscheidende Instanz die Deutschnationale Parteivertretung zusammen, ein schon vor zwei Jahren auf dem Göttinger Parteitag gewähltes Organ, dem außer dem Parteivorstand und den Vorsitzenden der Landesverbände etwa 300 Parteifunktionäre angehören.

Um die Freilassung Hillers

Nach Meldungen aus München hat die Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts München auf Bewilligung der Straffreiheit und Bewährungsfrist von vier Jahren ab 1. Oktober für Hiller und Kriebel Beschwerde eingelegt.

In der Angelegenheit des Frontbannes haben sich, wie das „N. L.“ aus München berichtet, gegen Hiller und den Reichstagsabgeordneten, Oberstleutnant Kriebel unmittelbar belastende Momente ergeben, die bereits durch die Minister Watt, Gürtner und Stübel dem in Reichshall zur Kur weilenden Ministerpräsidenten Feld unterbreitet worden sind. Da man Demonstrationen von böhmischer Seite befürchtet, wurde am Montag die Polizei in Marmarabereitschaft gesetzt. Die bayerische Staatsregierung wird, wie die Blätter weiter berichten, nötigenfalls von allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen, um einer Wiederkehr der Novemberereignisse vorzubeugen und die Durchführung des gerichtlichen Beschwerdeverfahrens gegen Hiller und Kriebel zu sichern.

Der Münchener „Völkische Kurier“ bringt unter dem 29. September einen Aufsatz des Landtagsabgeordneten Straßer, der u. a. folgende Sätze enthält: „Noch nie wurde ein vaterländischer Verband so absolut loyal organisiert wie der Frontbann. Seine Ziele wurden vom Gründer, Herrn Hauptmann Köhm, dem Innenminister, kargelegt.“ — Zu diesen Zielen wird in einer halbamtlichen Verkaufsbroschüre geäußert: Was insbesondere die „Offenheit“ betrifft, mit der Herr Hauptmann Köhm dem Innenminister die Ziele und die Organisation des Frontbanns darzulegen will, so scheint man in den führenden Kreisen des Frontbanns selbst wesentlich anders gedacht zu haben, als die Behauptungen Straßers gleichgültig machen wollen. Zum Beweise sollen folgende Auszüge aus vorgefundenen Briefbüchchlein dienen: „Köhm war beim Innenminister Stübel und will nun noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit General v. Seckel im Gange, um die ganze Angelegenheit in aller Öffentlichkeit aufzuheben zu können. Die Ausichten betreffend die Gestattung sind nicht gerade schlecht, weil wir die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen. Auch ist der Presseausdruck so staatstreuen abgesehen, daß der Innenminister ganz erkaunt war, uns anscheinend verkannt zu haben.“ In einem zweiten Briefe heißt es u. a.: „Gestern war ich beim Innenminister und habe mich in empfehlende Erinnerung gebracht. Nun so hat man eben seine Sorge mit dem Frontbann. Die Schweinebande wollte mir gleich die ganze Organisation verbieten. Nun sehe ich sie aber doch durch.“

Der preussische Finanzminister in München

Der preussische Finanzminister Dr. v. Richter ist Montag früh zu einem mehrtägigen Besuch in München eingetroffen. Sein Besuch dürfte zunächst mit dem Fragenkomplex der Wiedererrichtung der preussischen Gesandtschaft in München zusammenhängen. Zugleich folgt der preussische Finanzminister aber auch einer Einladung des bayerischen Finanzministers Dr. Krausned. Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: „Wir erwidern in dem Besuch ein Zeichen vertrauensvollen Zusammenarbeitens der beiden größten Länder des Reiches in den Fragen der finanziellen Selbständigkeit der Länder, die in nächster Zeit im Angriff genommen und gelöst werden müssen.“ Finanzminister v. Richter empfing den Leiter des „Süd-deutschen Korrespondenzbüros“ zu einer Unterredung, in der er u. a. erklärte, es sei im Reichsinteresse wünschenswert, daß die beiden größten Länder des Reiches und das Reich selbst keine gegenwärtigen Interessen hätten. Es sei daher besonders erfreulich, daß diese beiden Länder trotz der starken Bedenken das Dawesgutachten angenommen hätten. Es sei nunmehr Aufgabe der Länder, die Durchführung nicht zu erschweren. Doch sei es zugleich die Pflicht des Reiches, auch die Erhaltungsmöglichkeit der einzelnen Länder zu berücksichtigen. Eine zeitliche Scheidung in der Verteilung der Steuerquellen zwischen dem Reich und den Ländern müsse erfolgen, indem gewisse Gebiete ausschließlich dem Reich, andere ausschließlich den Ländern und Gemeinden zugewiesen werden. Die Einkommensteuer könne seiner Meinung nach nicht einer Ver-

schiebenartigen Behandlung durch die Gesetzgebung der Länder unterstellt werden. Die Bahrung einer gleichmäßigen Gesetzgebung und Veranlagung sei umso notwendiger, da schon jetzt 90 Proz. der Einkommensteuer der Länder und Gemeinden zustießen. Wiederum sei es notwendig den Gemeinden ein Recht auf Zuschlagsverhöhung zu gewähren, doch sei hierzu erforderlich, daß die vom Reich geforderten Steuererlöse nicht so hoch sind, daß sie weitere Zuschläge unmöglich machen. Der Minister kam zum Schluß auf die Fragen, die sich nach Annahme des Dawesgutachtens für die besetzten Gebiete ergeben, zu sprechen. Er erklärte, daß nach der Rückkehr der Ausgewiesenen und insbesondere der Beamten die ungenutzten Schwierigkeiten auch in den Gebieten, in denen die Besatzung vorläufig noch verbleibe, beseitigt seien.

Die Zahlung der Rentenbankzinsen

Vom Reichsfinanzministerium wird amtlich mitgeteilt: Von der Zahlung der Rentenbankzinsen, von Industrie, Gewerbe und Handel einschließlich der Banken zum 1. Oktober 1924, wie dies kürzlich bekanntgegeben worden ist, hat die Landwirtschaft zum 1. Oktober 1924 einzuweisen nur die Hälfte der aus den Rentenbankbescheiden ersichtlichen Halbjahreszinsen zu entrichten, während der Rest erst später entrichtet zu werden braucht. Die maßgebenden Stellen haben sich nunmehr entschlossen auch den industriellen gewerblichen und Handelsbetrieben einschließlich der Banken nachzulassen, die bis zum 8. Oktober 1924 die zu leistenden Halbjahreszinsen bis zu diesem Zeitpunkt nur zur Hälfte entrichten. Die zweite Hälfte ist ohne weitere Aufforderung bis 15. Januar 1925 zu zahlen.

Das Industriebelastungsgesetz

Auf Grund des § 70 des Industriebelastungsgesetzes hat der Reichsfinanzminister als Vertreter der nach den §§ 1 bis 4 dieses Gesetzes belasteten Unternehmer zur Unterzeichnung der von der Bank für deutsche Industrie-Obligationen und dem Treuhänder zur gemeinsamen Verwahrung zu übergebenden vorläufigen Kollektiv-Obligationen über 100.000.000 Gold bestimmt: Dr. Ing. u. h. Kurt Sorge zu Berlin W. 8, Fabrikbesitzer Abraham Frahmwein zu Elberfeld; Dr. Ing. e. h. Carl Friedrich v. Siemens zu Berlin-Siemensstadt, Wehmer Bergart Dr. Ing. u. h. Erhard Hilger zu Berlin W. 40, Geh. Kommerzienrat Dr. Walter Clairmont zu Augsburg, Staatsminister a. D. Siegfried Graf v. Aeburn zu Hamburg, Generaldirektor Dr. jur. Friedrich Wulffow zu Berlin W. 8, und als Stellvertreter Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. u. h. Dr. rer. pol. h. c. Felix Deutsch zu Berlin W. 7, Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. u. h. Karl Bösch zu Ludwigshafen, Generaldirektor Dr. rer. pol. h. c. Franz Otto zu Köln, Generaldirektor Max Draeger zu Berlin.

Verbot des Bundes „Oberland“ in Preußen. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird durch Verfügung des Ministers des Innern vom 26. September der Bund „Oberland“ für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigung wird zu Gunsten des Reiches beschlagnahmt.

Die kommenden Gemeindevahlgesetze in Bayern. Der Entwurf des neuen Gemeindevahlgesetzes soll dem bayerischen Landtag Anfang Oktober zugehen. Wenn es dem Landtag möglich wäre, den Entwurf in etwa 8 Tagen nach seinem Zusammentritt Mitte Oktober zu erledigen, so könnten die Gemeindevahlen in Bayern etwa auf Mitte Dezember ausgeschrieben werden.

Die Eigen für Menichrechte Frankreichs und Deutschlands haben nach der „Revue Nouvelle“ beschlossen, im Laufe des Oktobers eine Propagandakampagne zu veranstalten. Franzosen sollen in Deutschland und Deutsche in Frankreich sprechen. Als Redner der französischen Liga sind vorgesehen: Prof. Wafsch, General Berrand und der ehemalige radikale Abg. Prof. Ferdinand Verhaeghe. Deutscherseits sollen in Frankreich sprechen: Graf Harry Kessler, Prof. Kuczynski, Sellmuth von Gerlach und Prof. Gumbel.

Die ordentliche Herbstsession des eidgenössischen Parlaments in Bern wurde am Montag eröffnet.

Die neuen Gesetze und das Londoner Protokoll mit Notenwechsel, Denkschrift und Begründungen der Reichsregierung, Berichten der Organisations-Komitees und den Statuten der neuen Gesellschaften. (Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M., Preis M. 3.50) — Die deutsche Zukunft in Politik und Wirtschaft wird auf dem Fundament dieser Gesetze aufbauen müssen. Die Kenntnis dieser Grundlagen ist für jeden politisch und wirtschaftlich interessierten Deutschen eine persönliche Notwendigkeit und eine allgemeine Pflicht!

Ausstellung über Reproduktions- und Illustrationsverfahren in Karlsruhe

Die vom Bad. Landesgewerbeamt Karlsruhe schon vor Jahren begonnenen technologischen Sammlungen wurden im Laufe des Monats durch eine Sonderabteilung, die in verschiedenen heute noch geltung besitzender Reproduktions- und Illustrationsverfahren vorführt, erweitert.

Da die Ausstellung für die gesamte Geschäftswelt, wie auch für jeden allgemein gebildeten Laien äußerst lehrreich und interessant ist, geben wir unsern Lesern nachstehend eine kurze Beschreibung des Gebotenen.

Wir unterscheiden grundsätzlich drei Gruppen von Vervielfältigungsverfahren: den Hochdruck, den Tiefdruck und den Flachdruck. Zum Hochdruck gehören alle diejenigen Verfahren, bei denen alle Teile, die nicht drucken sollen, vertieft in die Fläche eingeschnitten oder eingedrückt werden, während die eigentliche Zeichnung erhaben, also an der Oberfläche stehen bleibt, und später druckt. Beim Tiefdruck werden, gerade umgekehrt, alle die eigentliche Zeichnung bildenden Teile in die Druckfläche vertieft, eingestochen oder eingedrückt. Beim Flachdruck wird die Farbe in die Vertiefungen hineingerieben und die an der Oberfläche haftende Farbe fortgewischt. Der Druck erfolgt unter starker Presse, wobei die Farbe aus den Vertiefungen herausgesogen wird und erhaben auf dem Papier steht. Beim Flachdruck findet zum Unterschied von den beiden vorgenannten Verfahren keinerlei Vertiefung in die Druckfläche statt. Hier beruht der Druck lediglich auf einem chemischen Vorgang, der sich daraus erklärt, daß z. B. bei der Lithographie der Stein überall dort, wo er durch das Auftragen der Zeichnung mittels lithographischer Tuschse fett geworden ist, die Druckfarbe annimmt, während er an allen andern, mit einer Lösung von Salpetersäure und Gummiarabicum behandelten Stellen, die Farbe abstößt.

Im Vorräum der Landesgewerbehalle, in der die Ausstellung untergebracht ist, finden wir Druckerzeugnisse der graphischen Werkstätte vorm. Gladner-Karlsruhe einerseits und der Kunst-Druckerei Künstlerbund Karlsruhe andererseits. Letztere Firma die sich bezüglich der Verbreitung des künstlerischen Flachdrucks, insbesondere des vornehmen Wandschmucks, besondere Ver-

dienste rühmen darf, zeigt außerdem in einer Glasvitrine eine Anzahl künstlerisch ausgeführter Radungen und sonstiger gediegener Kleinbruderzeugnisse. In der Mitte des Raumes sehen wir eine neuzeitliche Zinkplattenschießmaschine der Johne Wert, graph. Maschinenwerk A.-G. Waagen. Die auf einer Schüttelvorrichtung ruhende Maschine ermöglicht unter Verwendung von Glas- bezw. Porzellansteingeln, scharfem Sand und Wasser ein tadelloses Schleifen und gleichzeitiges Körnen von Zinkplatten.

Im zweiten Raum rechts führt die Schnellpressenfabrik A.-G. Hebelberg ihren den neuesten Anforderungen entsprechenden Schnellläufer „Egquist“ und daneben den geradezu verblüffend arbeitenden „Egquist“ Stundendruck in Betrieb vor. Während die „Egquist“ eine Stundenleistung von 2000 Drucken vollbringt, wird diese durch den Automaten mit einer solchen von 3000 Drucken noch überboten. Außerdem sehen wir hier ein Sehergestell der Firma Sachs & Co. A.-G. Mannheim, die in Karlsruhe vertreten wird von Herrn Leo Stadthagen, der auch die in der kleinen Vitrine untergebrachten Sekundärmaterialien der Schriftgießerei Bauer & Co. in Stuttgart vermittelt hat. Der in der Nische stehende Glaskasten, der gleichfalls neuzeitliches Sekundärmaterial enthält, stammt von der Gewerbeschule Karlsruhe. Die der Fensterreihe gegenüberliegende Wand dient der Buchdruckerei G. Braun G. m. b. H., vorm. G. Brauns'sche Buchdruckerei Karlsruhe zur Veranschaulichung der Vorarbeiten für einen feinen Klischeedruck, während die genannte Firma daran anschließend die Entfaltung einer Ausgabe der Zeitschrift „Das Badische Handwerk“ im Notationsdruck sehr anschaulich zur Darstellung bringt.

In dem der Halle vorgelagerten erhöhten Raum finden wir Druckerzeugnisse der Firma Kunst-Druckerei A. Albrecht & Co. Karlsruhe, während links davon eine große Karte des Deutschen Reiches, von der Firma Wagner & Debes in Leipzig unsere Aufmerksamkeit erregt. Die darunter befindlichen Flachdrucke sind ausgezeichnete Arbeiten der Graph. Kunst-Anstalt Oscar Gönke-München. In der Mitte des Raumes führt die Opalograph Kompanie Berlin, Filiale Karlsruhe, ihren bekannten, leistungsfähigen „Opalograph“ vor. In der der Buchdruckabteilung gegenüberliegenden Nische werden wir durch die Firma Kurt Kriebel & Co. Karlsruhe mit allem im modernen Bürobetrieb vorkommenden Vervielfältigungsapparaten bekannt gemacht, von denen besonders der „Greif-Appa-

rat“ und der „Stucolyp“ hervorzuheben sind. Links vor dieser Nische zeigt die Firma Fritz Fischer, Papierhandlung Karlsruhe, ihr neues Trodenlichapparatverfahren, das sich durch eine Reihe tadellos ausgeführter Radungen von selbst empfiehlt.

Wir gelangen nun in die eigentliche Halle, wo wir auf der linken Seite zuerst mit der Photographie und allen ihren durch Verwendung von Selbstgeleiten u. v. möglichen Kombinationen verbunden gemacht werden. Darüber lernen wir das neueste Farbenphotographische, von der Jos. Be Farbenphotographischen Gesellschaft München stammende Verfahren kennen. Die Jos. Be Farbenphotographie, die im Gegensatz zu dem früheren Lumière-Verfahren, das nur die Herstellung einer einzigen farbigen Platte gestattete, die Herstellung einer beliebigen Anzahl farbiger Drucke ermöglicht, hat den Vorteil, daß sie auch von tüchtigen Amateuren ausgeführt werden kann.

Auf der gegenüberliegenden rechten Seite begegnen wir im alten, schon im 4. J. n. Chr. bekannten, Handschreibdruck, dem ältesten uns bekannt gewordenen Druck- und Reproduktionsverfahren. Wir unterscheiden hier den sog. Pappeindruck, den Lössdruck und den Indambrendruck. Daran anschließend lernen wir die sog. Schrotblätter kennen, bei denen die Zeichnung weiß in schwarzem Grund steht, während der geistlich viel spätere Linocutschnitt die Abteilung ergänzt.

Auf der gegenüberliegenden Seite finden wir den eigentlichen Holzschnitt vertreten, der sowohl in seiner ältesten als dem Beginn des 15. Jahrhunderts stammenden, in Langholz ausgeführten Technik, als auch in dem späteren in Birnholz gestochenen Zehnholzschnitt vorgeführt wird. Im nächsten Feld lernen wir die Strichätzung kennen, deren Entdeckung an Hand eines zahlreichen Stadien auftretenden Werdengangs, sowie durch eine große schematische Tafel verständlich gemacht ist. Im Anschluß nach rechts gelangen wir zur Autotypie, die uns besonders durch zwei große schematische Tafeln den interessanten Vorgang, der hier in Anwendung gelangenden Masteraufnahme, veranschaulicht. Das Studium der vom Regard bis zur vollendeten Abzug hier aufgelegten Platten und Zustandsdrucke macht uns mit der verhältnismäßig schwierigen, aber interessanten Technik vertraut. Die Unterlagen für beide vorgenannten Verfahren sind Stichtungen der Firma Nieger, Chemig. Anstalt, Karlsruhe.

Kurze Nachrichten

Die Beamtenräte bei der Reichsbahn ergaben für den Hauptbeamtenrat 6 Sitze der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, 2 Sitze des Deutschen Eisenbahnerverbandes, 4 der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, 4 der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und 1 der Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten.

Die Forderungen der Ruhrbergleute. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Köln berichtet, hatten die Bergarbeiterorganisationen des rhein-westfälischen Braunkohlengbietes den Tarif, der einen Schichtwechsel von 12 Stunden und einen Lohn von durchschnittlich 5,25 Mark für die Schicht vorsieht, gekündigt. Das Schiedsgericht lehnte die Forderungen gegen die Stimmen der Arbeitnehmer ab.

Die Polizeistunde in Preußen. Wie die „Berl. Z.“ meldet, führten die Verhandlungen bei den zuständigen amtlichen Stellen über die Erweiterung der Polizeistunde dahin, daß an der grundsätzlichen Festsetzung der Polizeistunde auf 1 Uhr nichts geändert wird, daß aber für Versammlungen und geschlossene Gesellschaften das Überschreiten dieser Polizeistunde ohne besondere vorherige Einholung der Erlaubnis gestattet ist. Eine entsprechende Verordnung ist demnächst zu erwarten.

Der Leiter der „Deutschen Zeitung“, Max Maurenbrecher, teilt in seinem Blatt mit, daß er mit dieser Nummer die Zeitung der Deutschen Zeitung niedergelegt habe, aber in Zukunft als freier Mitarbeiter weiter an dem Blatt wirken werde.

Die spanische Offensive in Marokko schreitet anscheinend erfolgreich fort. Nach einem amtlichen Kommuniqué sind am Montag alle gesteckten Ziele erreicht worden. Die spanischen Verluste sind gering und betreffen hauptsächlich die Eingeborenenruppen.

Badischer Teil

Das Schluchseewerk

Das Badenwerk schreibt uns: Die an einigen Zeitungen erfolgten Darlegungen über die Protokollverhandlung gegen das Schluchseewerk können nicht unbeantwortet bleiben, zumal — vermuthlich in der Absicht, die Teilnehmer in Unkenntnis über die tatsächlichen Verhältnisse zu halten — Vertreter des Badenwerkes die Teilnahme an der Versammlung verweigert!! und so eine Aufklärung in der Versammlung selbst unmöglich gemacht wurde.

Die in der Protokollverhandlung gefasste Resolution stützt sich angeblich auf einen „vorliegenden Entwurf über den Ausbau des Schluchseewerkes“, die Ausführungen der Redner zeigen jedoch, daß sie noch nicht einmal den seitens des Badenwerkes bereits am 1. August beim Bezirksamt Neustadt i. Schn. eingereichte und demnächst zur Offenlegung gelangenden Entwurf kannten, daß vielmehr entstellende und teilweise falsche Darstellungen desselben gegeben wurden. Die mangelnden sachlichen Kenntnisse wurden ersicht durch persönliche Kritik, so daß die Meinung entstehen mußte, das Badenwerk errichte frivole Werke für viele Millionen, ohne sich zuvor über die Möglichkeit des Kraftabgabes und über die Rentabilität der Anlage zu vergewissern. Die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Wirtschaftlichkeit gerade des Schluchseewerkes ist aber von ersten Fachmännern bestätigt worden. Von Industrie- und Bauingenieuren als goldene Ähre bezeichnet. Um ganz allgemein die Wasserkräfte zu distanzieren, wurde angegeben, daß der Erzeugerpreis des Großkraftwerkes Mannheim nur 3,5 Pfg. kWh, und somit bedeutend geringer sei als die Selbstkosten des Stromes aus dem Murgewerk. Der für das Großkraftwerk Mannheim angegebene Preis muß unter Zugrundelegung der üblichen Benutzungszeit als unrichtig bezeichnet werden; der Murgewerk kann die Konkurrenz mit Strom aus dem Großkraftwerk auf alle Fälle, selbst einschließlich der Übertragungskosten des Stromes in die Abgabegebiete aufnehmen.

Die Behauptung, daß das Murgewerk dem badischen Energiebedarf genüge, zeigt — wie jeder Laie beurteilen kann — von außerordentlich geringer Sachkenntnis des Redners, jene, daß 40 Millionen kWh Murgestrom nach außerhalb verkauft werden, trägt den Schein abschließlicher Kaufung. In Wirklichkeit wurden z. B. im Jahre 1923 — abgesehen von unbedeutenden Strommengen, welche in benachbarte württembergische Gebiete gingen, — lediglich 6,8 Millionen kWh überschüssigen Strom nach außerhalb, nämlich in die Pfalz, geliefert, von dort aber im Austausch 3,9 Millionen kWh bezogen. Der Ausgleich zwischen Überfluß und Mangel in verschiedenen Abgabegebieten muß im Interesse einer wirtschaftlichen Energieversorgung eher gefördert, als bekämpft werden. Baden dürfte sich glücklich schätzen, wenn es in ähnlicher Weise wie die Schweiz große Mengen von überschüssigen Strom ausführen könnte, statt in überwiegender Weise teure Rohstoffe zur Kraftzeugung beziehen zu müssen.

Die in letzter Zeit sehr rührige Propaganda der Dieselmotorenfabriken ist gegenüber den herborragenden badischen Wasserkraftwerken durchaus unwirksam. Der Hinweis auf die Gemeindefähigkeit des Rheinwerkes Raunburg um 10.000 PS, die überhaupt nur für die Ausnützung der großen Wasserführung im Sommer in Betracht kommt, wie jener auf Strompreise im Rheinland, der Gewinnungsstätte der Kohlen, kann für eine badische Wasserkraftanlage vom Werte des Schluchseewerkes nicht stichhaltig sein. Die auf das Abfall sich beziehenden Ausführungen verschiedener Redner sind vollständig gegenstandslos, da die Abfall von dem einseitigen Entwurf für das Schluchseewerk nicht berührt wird. Die Erstellung der Schwarzatalstraße erfolgte seitens der Reichsverwaltung nach einem seit vielen Jahren bestehenden, aber erst in beschränktem Umfang verwirklichten Entwurf, der auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke lediglich den Verkehrsbedürfnissen des Schluchseewerkes angepaßt wurde.

Die Beteiligung des Badenwerkes an den Kosten stellt in Wirklichkeit eine Entlastung des Kraars und nicht etwa eine Belastung der Steuerzahler dar. Die Aufhebung der Bewohner des Schluchseewerkes und die Ausbreitung von Mischtrauen gegen das Badenwerk sind durchaus unbegründet, da letzteres ebenso wie jeder Geschäftler an das gesetzliche Verleihensoverfahren gebunden ist.

Wie eingangs erwähnt, ist die Offenlegung des Entwurfs auch bereits eingeleitet; er enthält alle Unterlagen, um die Änderung der heutigen Verhältnisse und die entstehenden Schätzungen grundsätzlich beurteilen zu können. Das Badenwerk hat keinesfalls die Absicht, sich der selbstverständlichen Verpflichtungen zum Ersatz etwa existierender Nachteile, die sich für Einzelne im Interesse der Gesamtheit nicht vermeiden lassen, zu entziehen.

Zum Mannheimer Republikanertag

Bei dem kameradschaftlichen Beisammensein der auswärtigen und einheimischen Reichsbannerleute, das am Sonntag nachmittags im Nibelungenaal zu Mannheim stattfand, erschien auch — soeben aus Innsbruck ankommend — von stürmischer Beifall begrüßt, Kultusminister Dr. Hellpach. Unmittelbar nachdem eben der von der Kapelle gespielte Mädel-Marsch verklungen war, ergriff Dr. Hellpach das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er, der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge, u. a. ausführte:

Es waren die Klänge des vielleicht schönsten Soldatenmarsches, die wir schon gehört haben, und Sie wissen, daß in diesem Marsch der große Huldigungsruf hieß: „In deinem Lager ist Österreich!“ Ich komme soeben aus dem armen, schwer heimgefügten Rest des alten Österreich, dessen ganze und einzige Hoffnung die einstige Vereinigung mit dem deutschen Reich geblieben ist. Und so lassen Sie mich in einer Abwandlung jenes Rufes Ihnen, der hier versammelten republikanischen Jugend zurufen: „In deinem Lager ist Deutschland! das große Deutschland und das freie Deutschland, als das allein wir uns das Deutschland der Zukunft vorstellen können!“ Als ich, erfüllt von den tiefen, wissenschaftlichen Erlebnissen der Naturforscherversammlung in Innsbruck, durch Tage hin nur in Verführung mit menschlichem Erkenntnisdrang und mit den großen Gefühlen, die alles Dasein bestimmen, durch die unbeschreiblich herrliche Alpenwelt fuhr, um wieder in den Alltag zurückzukehren, da drängte sich mir die Frage auf, ist diese Rückkehr nicht ein Akt, ist nicht der Gang zur Politik ein Gang in die Tiefe und hat nicht der Dichter recht, der sagte, die Welt sei vollkommen überall, wo der Mensch nicht hincombe mit seiner Qual! Und in der Tat, vieles, nur zu vieles von dem, was wir an Politik im letzten Menschenalter und auch in den letzten Jahren um uns herum erlebt haben, ist abschreckend und abstoßend. Aber mir scheint, daß gerade auch aus diesem Empfinden heraus die Jugend sich zusammenschließt, um den Weg frei zu machen für ein neues politisches Leben und einen politischen Geist.

Ich weiß, daß Euch all die Kleinlichkeit und die Engherzigkeit des politischen Alltagszustandes längst zuwider ist. (Stürmischer Beifall.) Freilich gibt es keine Politik ohne Parteien und Parteien müssen sein als Formen für die Arbeit des politischen Alltags; und sie sind überall. Jedoch gerade das größte politische Land der Erde, England, zeigt uns in seiner Geschichte bis auf den heutigen Tag, daß die großen politischen Wendungen und Neuschöpfungen niemals aus den Parteien selber gekommen sind und daß die Parteienformen nur die Wahl hatten, sich diesen neuen Ideen gemäß umzuändern oder an ihnen zu zerbrechen.

Die eine große grundlegende Idee der deutschen Zukunft ist die Idee der deutschen Republik und hier will ich ein ganz offenes Wort sagen. Mir scheint, daß auch in die Reden für die deutsche Republik ein falscher und gefährlicher Begriff sich eingebracht hat: Es wird nämlich davon geredet, daß wir die Republik haben müssen, weil wir sie brauchen. Ich aber sage Euch: Wir müßten auch die Republik dann haben, wenn wir sie im Augenblick gar nicht brauchen könnten, und wir müssen sie haben, nicht weil wir sie brauchen, sondern weil wir sie wollen. (Stürmischer Beifall.) Es wird vielleicht ein Tag kommen, da dieser Unterschied sehr notwendig wird zwischen denen, für welche die Republik nur eine Angelegenheit augenblicklicher und wieder vorübergehender Zweckmäßigkeit ist, und denen, für die sie politische Lebenskraft, politischer Glaube, politischer Ideal ist. Ideal darum, weil in ihr allein volle und würdige Mitverantwortung jedes Einzelnen an dem Geschick des Gemeinwesens sich auswirken kann und weil durch sie allein dann die politische Erziehung des deutschen Volkes und dann wiederum allein die politische Zukunft des deutschen Volkes gewährleistet werden kann!

Es gibt nichts Gefährlicheres und Berrütenderes für die deutsche republikanische Idee, als wenn wir die Republik bloß haben wollten, weil sie für manche im Inlande bequem und nützlich und weil sie vor dem Auslande eine Zeitlang vielleicht zweckmäßig ist. Wir alle, die wir hier vereint sind, bekennen uns zu ihr als der werdenden Lebensform des deutschen Volkstums und des deutschen Staates und nicht, weil sie da ist und wir uns mit ihr abfinden müssen, sondern weil sie sein soll und wir alles daran setzen müssen, um sie würdig, groß und glücklich zu machen! Darum wage ich es noch einmal in dieser späten Stunde, in der ich leider erst unter Ihnen sein kann, Sie zu dem Rufe aufzufordern: Hoch lebe und immerdar die deutsche Republik!

Im Anschluß an die mit begeistertem, lang anhaltendem Beifall aufgenommene Rede stimmte die Versammlung spontan das Deutschlandlied an, dessen drei Verse stehend gesungen wurden.

Reichspräsident Ebert hat, wie bereits erwähnt, an den Republikanertag ein Telegramm gesandt, das die Versammlung mit stürmischer Beifall aufnahm. Das Telegramm lautet: „Dem Gau Baden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold danke ich für die Einladung, der ich leider nicht folgen kann. Zu dem großen republikanischen Tage und zur Einblühung des Denkmal des von mir hochverehrten Ludwig Frank sende ich herzlichste Grüße und Wünsche.“

Wäge diese Veranstaltung die Treme zum Reich und zur republikanischen Verfassung, die das deutsche Volk in harter Not sich gegeben hat, stärken in der Bewußtheit, daß die schweren Opfer nicht umsonst gebracht sind und wir mit festem Willen den Aufbau eines neuen deutschen Vaterlandes wollen.

Reichspräsident Ebert.

Darauf wurde folgendes Antworttelegramm dem Reichspräsidenten gesandt: „Im Namen aller in Mannheim versammelten Republikaner Süddeutschlands besten Dank dem Herrn Reichspräsidenten für überlände Grüße. Zehntausend Reichsbannerleute legen das Gelübnis ab, unerschütterlich zur republikanischen Verfassung, die das deutsche Volk sich gegeben, zu stehen. Sie sind bereit, mit ernstem Willen den Aufbau des neuen Deutschland zu vollenden.“

Gauverband Baden, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.“

Die Oberheimgemeinden zur Rheinregulierung

W. W. Waldhut, 28. Sept. Ueber 200 Vertreter aus mehr als 30 Städten und Gemeinden des badischen Oberheimgbietes waren heute hier unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wride-Konstanz in Anwesenheit des Landeskommissars Föhrenbach-Konstanz versammelt, um wichtige Fragen des Oberheimgbietes zu besprechen. In vier Referaten wurden diese wichtigen Fragen behandelt, Fragen, die sich aus dem bevorstehenden Ausbau des Oberheims als Großtrafikale und Schiffahrtsstraße für die Oberheimgemeinden ergeben. Es wurde die Notwendigkeit betont, eine Zentralstelle zu schaffen, die diese wichtigen Fragen zu bearbeiten hat. Dazu gehören u. a. die Vertretung der Interessen der Untergemeinden gegenüber den Behörden, industriellen Un-

ternehmungen, die Befehlshaber des Oberheims durch Aufstellung von Behauptungsplänen, die Betreuung von Güter- und Personenschiffahrt auf dem Oberheim und die Beteiligung an solchen Unternehmungen, der Erwerb von Industrie- und Baugebäude zum Zwecke der Vermeidung von Bodenpekulation, die Bildung von Großabnehmergruppen für elektrische Kraft usw. — Zu diesem Zweck soll ein Zweckverband nach § 5 der Gemeindeordnung gegründet werden. Der Sitz des neuen Gemeindeverbandes, der den Namen „Oberheim“ führen wird, soll Konstanz sein, dessen Vorsitzender, Oberbürgermeister Dr. Wride-Konstanz. Dem Arbeitsausschuß gehören an Oberbürgermeister Dr. Wride als Vorsitzender, ferner die Bürgermeister von Singen, Waldhut, Albrun, Säckingen, Rheinfelden und Radolfzell. In einer Entschließung wurden auch die unzulänglichen Verkehres- und Eisenbahnverhältnisse scharf kritisiert und der Arbeitsausschuß beauftragt, mit den zuständigen Stellen zwecks Verbesserung in Verbindung zu treten.

Pflanzenzüchterische Erfolge in Baden

Auf dem Gebiete der badischen Pflanzenzüchtung ist durch die neuerdings stattgefundenen Eintragung der beiden Maiszüchtungen der Saatgutamt der Bad. Landwirtschaftskammer Konstanz, des gelben bad. Landmaies und des weißen Kaiserfrüchtler Landmaies in das Hochzuchtregister der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ein bedeutender Erfolg zu verzeichnen. Besonders Interesse gewinnt diese Aufnahme dadurch, daß es die ersten Maiszüchtungen Deutschlands sind, die in genanntes Hochzuchtregister aufgenommen worden sind. Für Süddeutschland ist dieser Fortschritt in jeder Beziehung ein Ansporn, auf pflanzenzüchterischem Gebiete den norddeutschen Züchtern immer mehr nachzueifern.

Der neue evang. Katechismusentwurf

Auf das Ausschreiben sind, wie der „Ev. Pressekor.“ mitteilt, 21 Entwürfe eingelaufen. Ein kleiner Synodalausschuß entschied sich für den Entwurf, der das Kernwort trägt: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen“ und empfahl ihn zur Einführung. Darüber hat nun die im Landtagsgebäude zusammengetretene Landessynode zu befinden. Der Verfasser des Entwurfs ist noch unbekannt.

Kommunale Rundschau

Einladung des Stadtrats Offenburg nach Freiburg. Der Stadtrat Offenburg wurde von dem Stadtrat Freiburg zu einem Besuche Freiburgs eingeladen. Die Einladung ist ergangen, um der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß die Nachbarstadt Offenburg endlich wieder von der Last der Besetzung befreit worden ist. Zugleich sollen mit der befreiten Stadt erneut freundschaftliche Beziehungen angeknüpft werden. Der Stadtrat Offenburg hat die Einladung angenommen.

Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl in Gausbach, der eine lebhaft Agitation vorausging, erhielt Kaufmann Arnold Krämer 357 Stimmen, Notenfürer Anton Striebig 162 Stimmen.

Verabreichung der städtischen Berliner Tarife. In den Sitzungen der Aufsichtsräte der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A.-G. wurde am Montag nachmittag dem „Tagbl.“ zufolge eine durchgreifende Herabsetzung der Bertarife beschlossen. Der Strompreis wird unter Beibehaltung der Grundgebühr von 18 auf 16 Pfg. für die Kilowattstunde ermäßigt, der Wasserpreis von 19 auf 17 Pfg. herabgesetzt und die Gebühr für Gas von 19 auf 17 Pfg. pro Kubikmeter ermäßigt und gleichzeitig den Konsumenten mit erheblichem Verbrauch ein Rabatt zugebilligt. Über den Termin des Inkrafttretens der neuen Tarife ist noch nichts bekannt. Man nimmt an, daß die verbilligten Preise ab 1. Oktober gelten werden.

Aus der Landeshauptstadt

Die Technische Woche

Die von der Techn. Hochschule Friederichsruhe und der Landesvereinigung techn. Vereine Badens veranstaltet wird, soll den Teilnehmern und Besuchern die Entwicklung der Technik und die Vielseitigkeit der Erzeugnisse vor Augen führen. In den Vorträgen, die von Professoren der Techn. Hochschule und von sonstigen namhaften Technikern gehalten werden, soll dem Techniker und gleichzeitig auch dem Laien ein Bild von der Entwicklung der Wissenschaft und der Fortschritte gegeben werden; soll weiterhin den Technikern Anregung zu neuer Arbeit und ihm neue Wege und Ziele zeigen. Der Allgemeinheit soll durch diese Veranstaltung der Wert unserer Fortschritte auf technischem Gebiete und der Umkehrung ins praktische näher gebracht werden. Nicht zuletzt soll in dieser heutigen schweren Zeit auch dadurch darauf hingewiesen werden, daß bei restloser arbeitsfreudiger Betätigung die Deutsche Technik und die deutsche Wissenschaft berufen sind, die führende Stellung, die sie in der Vorkriegszeit eingenommen haben, auch fernerhin einzunehmen. Nicht in großer Aufmachung, sondern in stiller, ruhiger und sachlicher Arbeit spielt sich die Entwicklung unserer Technik ab. Manchmal kommt ungewollt die Geringschätzung der Technik und ihrer Vertreter in irgend einer Form zum Ausdruck, unbedacht dabei, daß das heutige Wirtschaftsleben in seinen fernsten Auswirkungen lediglich aus den Ergebnissen der Technik entstanden ist. Das Ziel, das die Veranstaltung verfolgen muß und verfolgen will, ist die Vertiefung der Wertschätzung der Produkte der Technik. Sollte doch der Gedanke, daß jeder Gegenstand, der mit Mühe und Arbeit hergestellt ist, nicht von rohen Händen ohne weiteres geschleudert werden darf, in unserer Jugend mehr und mehr Fuß fassen und die Achtung vor dem Vorhandenen größer sein. Die Landesvereinigung techn. Vereine will mit ihrer Ausstellung und den dort stattfindenden Vorträgen einen Auftrieb zur Verwirklichung der oben angeführten Ziele beitragen helfen.

Im Verlaufe des Jrs. haben in unserer Stadt verschiedene Ausstellungen stattgefunden. Die Mehrzahl dieser Ausstellungen hat den bestimmten Zweck des Angebots der Waren und des Verkaufes derselben zum Ziele gehabt. Anders die Industrienausstellung. Verbunden mit dem Zweck des Angebots der Ware liegt ein Hauptziel darin, der Bevölkerung und dem Techniker das Neueste auf dem Gebiete der Technik vorzuführen. Eine reiche Auswahl aus allen Gebieten der Industrie und der Technik findet sich in der Ausstellung harmonisch zusammen und bietet wohl jedem der Besucher das was er von einer Ausstellung in dieser Beziehung erwarten darf.

Der Musikverein Harmonie brachte gestern früh unter Leitung seines Dirigenten Rudolph dem Staatspräsidenten Dr. h. c. Köhler vor dessen Wohnung anlässlich seines Geburtstages ein Ständchen, für das der Beehrte mit herzlichsten Worten dankte.

Die Volks-Singakademie bot anlässlich der Herbstwoche mit ihrem städtischen gemischten Chor am Samstagabend ein a capella-Konzert in der städt. Festhalle. Die Vortragsfolge war sehr umfangreich und sah neben Männerchören sowie gemischten Chordarbietungen auch Kammermusik und die Mitwirkung eines Solisten vor. Trotdem wies die Festhalle erhebliche Lücken auf, ein untrügliches Zeichen dafür, daß nicht einmal solche auf breiter Basis gehaltene Veranstaltungen heute auf einigermaßen finanziell befriedigenden Erfolg rechnen können. Das künstlerische Resultat des Abends ist dahin zusammenzufassen, daß die junge Vereinigung wohl merkliche Fortschritte in Chordisziplin gemacht hat, aber in tonlicher Sauberkeit und kläglichem Schluß doch noch manche Wünsche unerfüllt läßt. Musikdirektor Willy Giffier kann immerhin mit dem bereits Erzielten zufrieden sein, der wiederholt gespendete herzliche Beifall wird den Sängern und dem Chorleiter Ansporn genug zu weiterer emsiger Arbeit sein! Als Solisten hatte man Willy Jilken verpflichtet, der in zwei Lieberreihen seine glänzenden stimmlichen Mittel zu voller künstlerischer Entfaltung brachte. Das c-moll-Trio von Beethoven wurde vom „babilonischen Trio“ gespielt, doch sah am ersten Pult für den erkrankten Violinisten der zweite Konzertmeister des bad. Landestheaterorchesters, Weimershaus. Er interpretierte außerdem zusammen mit dem Cellisten Trautwetter eine sehr schöne Bassacaglia von Händel, die leider in dem großen Raum viel von ihren intimen Reizen einbüßte. Auch die Solisten wurden mit reichlichem Beifall bedacht.

Landestheater. Ein Nachstück nennt Georg Kaiser sein Drama „Der Brand im Opernhaus“, das in den „Kammerspielen im Künstlerhaus“ am Donnerstag, den 2. Oktober hier zur Uraufführung kommt. Und wirklich scheint dieses Stück, dem wiederum ein echt Kaiser'scher Einfall zugrunde liegt, in seinem dunklen Balladenton der phantastischen Welt E.T.A. Hoffmanns zu entstammen. Den Hintergrund bildet der Brand der Pariser Oper im Jahre 1763. Aber nicht hier, wo die Gesellschaft von Paris sich zu einem rauschenden Fest versammelte, spielen sich die Vorgänge dieses wortreichen Dramas ab, sondern in einem stillen Hause mit gepaarterhaft anmutendem Leben, in einem Halbduffel lyrischer Stimmungen und jäh aufblühender Leidenschaft. In der heiligen Aufführung unter der Regie von Friedrich Weug werden die Hauptrollen von Herma Clement und den Herren Würner, Klobitz und v. d. Trend-Ulrici dargestellt. Die Vorstellung beginnt um halb acht Uhr. — Die Komödie „Karawane“ von Max Mohr, die am Samstag, den 4. Oktober hier zum erstenmal in Szene geht, fand bei ihrer Uraufführung im Juni d. J. am Bayerischen Staatstheater in München eine überaus erfolgreiche Aufnahme. Das Badische Landestheater ist die erste Bühne, die das interessante Stück nach München zur Aufführung bringt.

DJ. Rastatt, 29. Sept. Die evangelische Kirchengemeinde feierte gestern das Fest ihrer Glockenweihe, nachdem sie vor einigen Tagen in den Besitz zweier neuer Gloden gekommen war.

W.D. Stuttgart, 29. Sept. Gestern abend zwischen 9 und 10 Uhr kam es bei der polizeilichen Räumung des gegenwärtig in Cannstatt stattfindenden Volksfestes zu größeren Widerständen des Publikums, so daß die Polizei erst nach großen Anstrengungen gegen 10 Uhr den Platz räumen konnte. Die Polizei wurde mit Steinwürfen und Stöcken bearbeitet und sah sich öfters genötigt, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen, um den Platz zu säubern. Drei Polizeibeamte und acht Zivilpersonen wurden lebensgefährlich verletzt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	30. Sept.		29. Sept.	
	Sch.	Deut.	Sch.	Deut.
Amsterdam 100 G.	161.79	162.61	161.99	162.81
Kopenhagen 100 Kr.	73.07	73.43	73.02	73.38
Italien . . . 100 L.	18.34	18.44	18.40	18.50
London . . . 1 Pf.	18.66	18.75	18.70	18.79
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.95	22.05	22.02	22.14
Schweiz . . . 100 Fr.	80.05	80.45	79.35	80.35
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.92	5.94
Prag . . . 100 Kr.	12.48	12.54	12.52	12.58

Zuteilung über 100 Prozent

Verschiedenes

Zur Amerikafahrt des „S. N. 3“

DJ. Friedrichshafen, 30. Sept. Nach einer Schilderung des Steuerwarts, Ingenieur Walter Fischer, hat das Luftschiff auf seiner Norddeutschlandreise mit 73 Personen an Bord in 33 1/2 Stunden 3500 Kilometer, also etwa die Hälfte des Weges nach Amerika, bei einer Geschwindigkeit von 100—125 Kilometer zurückgelegt. Die Fahrt über die Ostsee bildete eine Generalprobe für die Navigation mit der Beobachtung der Leuchtfeuer und Sezeichen vom Luftschiff aus. Die Mannschaft hat nur wenig in Hängematten geschlafen. Abflug erfolgte alle 4 Stunden. Bei der Ozeanfahrt werden nur 30 Personen im Schiff sein. Vom 5. Oktober ab dürfte das Schiff klar zur Überfahrt sein. Der Termin hängt vom Wetter ab. Eine Probefahrt findet voraussichtlich nicht mehr statt.

W.D. Newyork, 29. Sept. Der mit Verdünnungsmaße versehene Luftschiffender „Palita“ verließ Boston, um seine Position 300 Seemeilen südlich von Cap Farewell (Grönland)

anzunehmen. Er wird mit den Kreuzern „Milwaukee“ und „Detroit“, welche gleichfalls nach den ihnen angewiesenen Positionen abgehen sind, das Luftschiff S. N. 3 während des Überfluges mit drachlosen Wetterberichten versehen.

Die Eröffnung des Deutschen Museums

Der Vorstandrat des Deutschen Museums hielt in München seine letzte Sitzung vor der Eröffnung des Museums ab, an der das vom Reichskanzler ernannte Mitglied des Vorstandrates, Geheimrat Oberbaurat Preße, Vertreter der bayerischen, sächsischen, badischen und hessischen Regierungen, sowie Ministerialdirektor Günther aus Wien teilnahmen. Erzengel von Miller teilte mit, das mit der Eröffnung im Mai 1925 sicher gerechnet werden könne, daß aber noch 270 000 Mark freiwillige Spenden erforderlich seien. Anlässlich der Eröffnung des Museums wird eine Denkschrift herausgegeben. Zu der Eröffnungsfeier am 6. und 7. Mai ergeben etwa 2000 Einladungen.

Sattelfest gegen den Präsidenten der Wiener Depositenbank Nach Meldungen aus Wien ist gegen den früheren Präsidenten der Depositenbank Goldstein und gegen den Generalbevollmächtigten der Bank Castiglione-Neumann Sattelfest erlassen worden, da sich die beiden im Auslande befinden. Beide werden wegen Unterschlagung, betrügerischen Bankrotts usw. verfolgt. Castiglione reiste am Samstag abend unter dem Vorwande, er habe in Mailand dringende Angelegenheiten zu erledigen, von seinem Gute bei Grundsee ab. Bei allen Beschuldigungen wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei aber weder Akten, noch Papiere, noch Geld vorgefunden wurde. Castiglione überdies alle seine österreichischen Liegenschaften seinem italienischen Bankhaus.

Das Luzerner Theater abgebrannt

W.D. Bern, 29. Sept. Heute abend 8.45 Uhr ist im Luzerner Stadttheater Feuer ausgebrochen. Das ganze Gebäude wurde eingeäschert. Morgen hätten die Vorstellungen beginnen sollen.

Die amerikanischen Westflieger

Die amerikanischen Westflieger sind in Seattle, am Sonntag mittag 1.30 Uhr gelandet. Damit haben sie den Flug um den Erdball offiziell beendet.

Letzte Nachrichten

Die Kämpfe bei Shanghai

W.D. Paris, 30. Sept. Dadas meldet aus Shanghai, daß in der Umgebung der Stadt S. Ft. fertig gekämpft wird. Der Ausgang dieser Schlacht wird den Konflikt zwischen Kscheking und Kiangsu beenden. Auf beiden Seiten stellt man das Vorhandensein größerer Artilleriekräfte fest. Die beiderseitigen Armeen meldebten Erfolge. Die Kschekingtruppen verdrängten, daß sie bei Kia-Sching vorgegriffen seien.

Badisches Landestheater.
Dienstag, 30. Sept. 5 1/2—10 Uhr. Sp. I 7.—
Abonnement C 5.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 7301—7500, 7801—7900.
Neueinstudiert und in neuer Inszenierung:
Der Ring des Nibelungen. I. Tag.
Die Walküre.

Badisches Landestheater.
Mittwoch, 1. Okt. 7 1/2—10 Uhr. Sp. I 4.80.
Abonn. A 5. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—200.
Gleichzeitig Volksbühne Nr. 1.
Weh dem, der lügt!

Große Konzern Akt.-Ges.
beabsichtigt, ihre Fabrikate unter Ausschaltung des gesamten Zwischenhandels direkt an Private zu verkaufen.
Wir suchen fleißigen Herrn
zwecks Durchführung der Organisation des Reisevertretersystems. Intel. Herren mit einigen tausend Mark als Sicherheit für wertvolles Warenlager bietet sich Gelegenheit **hohes Einkommen** zu erzielen. Angebote erbeten unter D. 621 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Wohnungstausch
Karlsruhe-Mannheim
5 Zimmerwohnung in besserem Hause, sehr gut erhalten, gegen gleiche zu vertauschen, baldigst gesucht. Gest. Offerten unter D. 622 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Auf Grund des § 366^a des N.St.R.G. wird mit Zustimmung des Bezirksamts Karlsruhe nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung des Herrn Landeskommissärs in Karlsruhe vom 9. September 1924 folgende **Ortspolizeiliche Vorschrift** erlassen: D. 620

§ 1.
Das Verbringen sowie das Ablagern von Schutt, Abfällen und Unrat jeder Art in den Staatswaldungen Hardtwald, Jehntwald und Wildpark wie überhaupt jede Verunreinigung derselben ist streng verboten.

§ 2.
Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366^a N.St.R.G. bestraft.

§ 3.
Diese Vorschrift tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Karlsruhe, den 2. September 1924.
Der abgeordnete Gemarkung Hardtwald, Pfaffheider.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 23, Abs. 2 der Kraftfahrzeugverordnung und § 366 10 N. St. R. G. wird mit Zustimmung des Stadtrats und nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissär als § 43 a der städtischen Straßenpolizeiverordnung folgende **ortspolizeiliche Vorschrift** erlassen: § 43 a

Die Höchstgeschwindigkeit für alle Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge wird für die Wulaberstraße in Weierheim (zwischen Breitstraße und Albbücke) auf 10 km in der Stunde festgesetzt. R. 714

Die Vorschrift tritt sofort in Kraft.
Karlsruhe, den 27. September 1924.
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion C. O. 3. 120

Maul- und Klauenseuche betr.
Nachdem im Stadt-Schlachthof in Karlsruhe bei einem geschlachteten Ochsen der Firma Emil Fischer & Co., Viehhandlung in Karlsruhe, die Maul- und Klauenseuche festgestellt wurde, werden folgende Anordnungen getroffen:

a) Sperrbezirk:
Das verseuchte Gehöft der Firma Emil Fischer & Co., Viehhandlung in Karlsruhe, Gottesauertafelne (Eingang Schlachthofstraße), bildet einen Sperrbezirk i. S. der §§ 161—164 der Ausführungsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz.

b) 15 Km.-Umkreis:
In dem Umkreis von 15 Km. vom Seuchenort entfernt fallen folgende Gemeinden: Die Stadt Karlsruhe mit sämtlichen Vororten, Durlach, Mielingen, Rinkenheim, Teufelsneureut, Weiseneureut, Staffort, Eggenstein, Leopoldshafen, Wankeloch, Spödt, Wüchig, Gagsfeld, Grödingen, Bergshausen, Wolfartsweier, Stupferich, Hohenwettersbach, Grünwettersbach, Palmbach, Scheibenhart, Forchheim, Weingarten, ferner die bis zu 15 Km. vom Seuchenort entfernten Gemeinden der Amtsbezirke Bruchsal, Ettlingen, Forchheim und Gernersheim.

Für den 15 Km.-Umkreis werden die Bestimmungen des § 168 Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz in Wirksamkeit gesetzt. R. 723

Karlsruhe, den 26. September 1924. O. 3. 121
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Strafensperre betr.
Auf nachstehenden Straßentrecken des Amtsbezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Fuhrwerken aller Art zwecks Vornahme von Neueinbauten während der beigesezten Zeiten gesperrt:

1. Landstraße Nr. 19, Karlsruhe-Neopoldshafen, Km. 1,708 bis 2,500, d. i. zwischen Karlsruhe und dem Schützenhaus in der Zeit vom 26. September bis 4. Oktober.

2. Landstraße Nr. 2, Mannheim-Neßl, Km. 68,894 bis 69,674, d. i. von Grünwinkel gegen Forchheim, vom 14. bis 20. Oktober.

3. Dieselbe, Km. 66,500 bis 66,851, d. i. zwischen Mühlburg und Keurent vom 20. bis 21. Oktober.

4. Landstraße Nr. 79, Karlsruhe-Magau, Km. 0,000 bis 0,850, d. i. zwischen Mühlburg und Mielingen vom 21. bis 27. Oktober.

Keinere Verschüden in der Zeit der Einbindung können erforderlich werden. Zutreffendenfalls nimmt die Strafensperre ihren Anfang mit dem Tage der tatsächlichen Arbeitsbeginns und endet am Tage der Fertigstellung der betreffenden Straßentrecke. R. 724

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366 Ziff. 10 N. St. R. G. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 26. September 1924.
Bezirksamt Abt. II.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 720. Bruchsal. über das Vermögen des Schuhfabrikanten August Bernberger in Bruchsal. Guttenstraße 6, wurde heute nachmittags 6 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Konkursverwalter: Rechtsanwält Groß in Bruchsal.
Anmeldefrist: 15. Oktober 1924.
Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin Freitag, 24. Oktober 1924, vormittags 11 1/2 Uhr.
Offener Arrest und Anzeigefrist: 20. Oktober 1924.
Bruchsal, 25. Sept. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
R. 722. Konstanz. über das Vermögen des Schuhmachers Lorenz Zimmer in Konstanz wurde am 26. September 1924, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
Konkursverwalter: Rechtsanwalt Spiegel in Konstanz.
Konkursforderungen sind bis zum 20. Oktober 1924 beim Amtsgericht Konstanz anzumelden.
Gläubigerversammlung und Prüfungstermin: Freitag, den 31. Oktober 1924, vorm. 9 Uhr.
Konstanz, 26. Sept. 1924.
Bad. Amtsgericht 2.

Konkursverfahren.
R. 720. Waldshut. über die Firma Oberbayerische Tabakzentrale Vert Bruchsal in Waldshut ist auf Antrag der Firmeninhaberin Verta Bruchsal am 27. September 1924, mittags 12

Uhr, die Geschäftsaufsicht angeordnet worden.
Als Geschäftsaufsichtspersonen sind Rechtsanwält Adolf Hauger und Kaufmann Fritz Wicolstein, beide in Waldshut, bestellt worden.
Waldshut, 27. Sept. 1924.
Badisches Amtsgericht 2.

Verchiedene Bekanntmachungen
Dienstübernahmefristen für das Reichsbahn- und Dampfschiffpersonal im Reichsbahnbezirk Karlsruhe in 10 Losen öffentlich zu vergeben. Bedingungen seien freie Einbürgerung, 2 M. bei uns erhältlich. Angebote mit Aufzeichnung auf die Anfertigung von Dienstleistungsleistungen 27. Oktober 1924 verschlossen und postfrei bei uns einreichen. Öffnung: 27. Oktober 1924, vorm. 10 Uhr. R. 708.21
Karlsruhe, 25. Sept. 1924.
Reichsbahnleiterklasse Kriegsstr. 5a.

Brenn- und Schleifholz-Versteigerung
des Forstamts Herrnwies in Forbach (Waden) am Donnerstag, den 9. Oktober 1924, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Auerbach in Herrnwies aus den Domänenveräußerungen bei Herrnwies, Hundsbach und Erbesbach: 79 Ster Buchenholz, 552 Ster Nadelholz, 2, 853 Ster Nadelholz, 309 Ster Nadelholz, 52 Ster Nadelholz, 170 Ster Eiche, 11 Ster Eiche, 100 Ster Papierholz. Im Anschluß an den Sterhopsverkauf werden aus Abt. II. 1. Schneidersplatz, 1. 62. Pamburenbrunn, folgende Stangen versteigert: 800 Lagen, 200 Koppenstangen I. und 2. 855 Koppenstangen 3. u. 4. u. 1908 Stück Nadelholz. Aufkunft durch die Versteigerungsdinge u. Versteigerung in Herrnwies (Post Wülberthal), Waldshut in Erbesbach (Post Forbach), Herrng. und Forchwart (Post Wülberthal). R. 723